

Zeitschrift: Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 66 (1993)

Heft: 8

Buchbesprechung: Für Sie gelesen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rechtsgrundlage für schweizerische Blauhelmtruppen bereinigt

Kein referendumstaktischer Neutralitätsvorbehalt

NZZ. Der Nationalrat hat mit 106:18 Stimmen das Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenerhaltende Aktionen der UNO oder der KSZE gutgeheissen. Er verzichtete dabei auf einen referendumstaktischen Neutralitätsvorbehalt und verabschiedete die Vorlag in der Fassung des Ständerates.

Für Bundesrat Kaspar Villiger bedeutet die Aufstellung eines schweizerischen Blauhelmbataillons einen Meilenstein der neuen Sicherheitspolitik. Damit setze die Schweiz ein sichtbares Signal internationaler Solidarität. Der Einsatz von Menschen mit Fleisch und Blut bei friedensfördernden Massnahmen werde höher einge-

stuft als die feierliche Übergabe eines Schecks.

Bei Einsätzen von klassischen Blauhelmen stelle sich das Neutralitätsproblem nicht, da sie sich auf friedenssichernde Massnahmen beschränkten und alle Konfliktparteien einverstanden sein müssten, erklärte Villiger. Seit der negativen UNO-Abstimmung von 1986 habe ein Bewusstseinswandel stattgefunden: «Auch ich war damals im Lager der Gegner. Heute bin ich überzeugt, dass es falsch ist, nicht dabei zu sein.»

Der Einsatz für den Frieden habe seinen Preis, sagte Villiger: «Wir müssen es ertragen, dass es auch Verletzte und sogar Tote geben kann.» Aber die Schweiz dürfe

nicht in guten Treuen solche Risiken nur anderen Staaten überlassen. Auch die Kosten erschienen hoch. Aber überzeugende Leistungen hätten ihren Preis. Die schweizerische Milizarmee sei keine Schönwetterarmee, sondern zum Ernstfalleinsatz fähig.

Nichteintreten wurde mit 144:23 Stimmen abgelehnt. In der Detailberatung gab die Frage zu reden, ob bei den Bedingungen für den Einsatz der Schweizer Blauhelme ausdrücklich die Vereinbarkeit mit der Neutralität gegeben sein muss. Jean-Pierre Bonny (FDP/BE), von dem der Antrag stammte, meinte, mit dieser Bestimmung könne man in einem Referendumskampf besser bestehen. Mit 81:65 Stimmen setzte sich aber Villiger durch, der davor warnte, mit dem unnötigen Vorbehalt ein indirektes Urteil über die friedenspolitischen Aktionen der UNO abzugeben.

Ausgabenbremse

Sch. Von 1990 bis 1993 nahmen die Ausgaben des Bundes um 26 Prozent zu. Das ergibt, im Durchschnitt, pro Jahr 5,9 Prozent. Diese jährliche Zunahme übertrifft die jeweilige Teuerung.

Und so sind die einzelnen Bereiche daran beteiligt:

| Landesverteidigung | - 1% | (!) |
|-----------------------|------|-------------|
| Landwirtschaft | +20% | 4,7% / Jahr |
| Bildung und Forschung | +26% | 5,9% / Jahr |
| Sozial Wohlfahrt | +32% | 7,2% / Jahr |
| Verkehr | +35% | 7,8% / Jahr |
| Finanzen und Steuern | +39% | 8,6% / Jahr |
| Ausland | +40% | 8,8% / Jahr |

1992 betrug das Defizit des Bundeshaushalts 2,86 Milliarden Franken. Fast ebensoviel wurde für «Beziehungen zum Ausland» ausgegeben, nämlich 2,13 Milliarden Franken. Das überproportionale Ausgabenwachstum (und damit das Rechnungsdefizit) würde noch ganz andere Ausmasse angenommen haben, wäre nicht bei der Landesverteidigung in unverantwortlichem Mass gespart worden. Mit anderen Worten: Wir mehrten unseren Wohlstand auf Kosten der Sicherheit. Nach dem Scheitern der Versuche, unsere Milizarmee die Ausbildungsplätze ihrer Angehörigen verlottern zu lassen, muss das Sparen am falschen Ort nun eingestellt werden.

(Aus «Pro Libertate»)

Die Blauhelme sind eine Truppe von Freiwilligen. In der Regel können nur Angehörige der Armee aufgenommen werden. Ausnahmen sind für Übersetzer, Medizinalpersonen oder andere Spezialisten vorgesehen. Klar zugestimmt wurde der Bestimmung, dass die Ausbildungstage in der Schweiz, aber nur etwa die Hälfte des ersten sechsmonatigen Blauhelmeinsatzes an die Militärdienstpflicht angerechnet wird. Dadurch soll vermieden werden, dass Blauhelme ihre (gut bezahlte) Dienstpflicht bereits mit 21 bis 22 Jahren absolviert haben und die Armee von ihren Erfahrungen nicht profitiert. Ihr Ausbildungszentrum wird auf dem Waffenplatz Bière VD eingERICHTET.

Bedauernswerte Berner Polizei

Die Berner Stadtpolizei kann einem leid tun. Von wegen der vielen Demonstrationen, welche in dieser Stadt über die Bühne, oder besser gesagt über den Bundesplatz gehen. Die bedauernswerte Stadtpolizei kann machen was sie will, man fährt ihr hinterher an den Karren. Setzt sie Tränengas ein, wenn eine Demonstration ausartet, dann hätte sie das nicht tun sollen. Und setzt sie keines ein, dann hätte sie das eben tun sollen. Reklamiert wird sowieso. Doch was geschieht, wenn Demonstrationen friedlich verlaufen? Dann werden in Bern trotzdem an der Polizei die Schuhe abgeputzt. So haben beispielsweise die Grünen (lies die Linken) im Berner Stadtrat räsonniert, die Polizei habe im Zusammenhang mit den beiden Demonstrationen für und gegen die Armee-Initiativen einen «Zahlensalat» angerichtet. Die Teilnehmerzahl der GSoA-Demonstration sei «ganz massiv untertrieben» und jene der Armeefürworter übertrieben worden. Das habe dann in der Öffentlichkeit ein falsches Bild gegeben. Ob die Behörden nicht auch der Meinung seien, dass die Polizei «politische Arithmetik» betrieben habe, wollten die Grünen im Stadtrat wissen? Ein solcher Unsinn! Es wird wohl nicht mehr lange gehen, bis jeder Stadtberner Polizist neben Uniform und Bussenzettelblock noch einen Taschenrechner herumtragen muss, um bei Demonstrationen die Teilnehmer zählen zu können. Bis es so weit ist, sind alle Leute, die an einer der beiden Demonstrationen anwesend waren, höflich gebeten, sich nochmals nach Bern auf den Bundesplatz zu begeben. Es werden dann alle genau gezählt und das Ergebnis halbiert. Die Rechnung für Arbeitsausfall und Reisespesen können der Grünen Partei der Stadt Bern zugeschickt werden...

GPD

mung vom 6. Juni nicht geführt worden sei. Abrüstung müsse mit einer Umverteilung der Mittel zugunsten der sozialen Sicherheit in der Schweiz und einer internationalen Friedenspolitik verbunden werden.

Granaten verwechselt?

LNN. Der schwere Handgranatenunfall vom 17. März in Aproz VS ist nach einem vorläufigen Ergebnis der militärischen Untersuchung auf menschliches Versagen zurückzuführen. Wie das EMD mitteilte, könnte ein nichtexplosives Ausstellungsmodell mit einer explosiven Übungshandgranate verwechselt worden sein. Bei der Explosion wurden 13 Teilnehmer eines Kurses verletzt. Einer der Verletzten ist inzwischen im Spital gestorben.

Uneinsichtige SP

NZZ. Die bürgerliche Bundesratsparteien FDP, CVP und SVP haben die SP aufgefordert, ihre armeekritischen Initiativen zurückzuziehen. Die Kräfte seien auf die drängenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme zu konzentrieren, ein weiteres Kräftemessen in der Armeefrage sei deswegen nicht angebracht. Die SP wies das Ansinnen entschieden zurück. Die drei bürgerlichen Regierungsparteien teilten mit, sie wollten sich gemeinsam den anstehenden innen- und aussenpolitischen Problemen, namentlich der Sicherung der Arbeitsplätze in der Schweiz zuwenden. Sie forderten die SP

auf, diese Anstrengungen zu unterstützen und darauf zu verzichten, die innenpolitische Diskussion mit armeekritischen Vorlagen zu belasten, zumal mit der «Armee '95» weitere Reformen eingeleitet seien.

Die SP zeigte sich vom Vorschlag überrascht und wies ihn gleichzeitig entschieden zurück. Der Zentralsekretär der Partei, André Daguet, sagte auf Anfrage, ein Rückzug der im vergangenen Herbst eingereichten Begehren für eine «Halbierung der Militärausgaben» und für ein «Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» stehe nicht zur Diskussion. Die Abrüstungsinitiative wolle die Diskussion über eine neue Sicherheitspolitik eröffnen, die mit der Armeeabstim-

In eigener Sache

-r. Aus Gründen des Platzmangels mussten in dieser Ausgabe «Blick in den Kochtopf» und verschiedene andere Beiträge weggelassen werden. Selbstverständlich werden diese Artikel in einer der nächsten Nummern abgedruckt.

Im übrigen werden wir uns in der nächsten Ausgabe von «Der Fourier» mit dem in den Medien «aufgewühlten» aktuellen Thema über die Kasernen-«Sterne» eingehend befassen. Wir hoffen, auf Ihr Verständnis zählen zu können.

Redaktion «Der Fourier»